
FORUM: Teilen verbindet*

Gregor Gysi:

Was mit wem teilen? Mit wem sich verbinden?

Dr. Gregor Gysi, geb. 1948 in Berlin, ist Vorsitzender der PDS.

Auf diese Fragen hat die Mailosung 1992 des DGB keine Antwort geben können. Und das beigefügte Symbol - statt der traditionellen Mainelke in der Faust eine etwas hilflos erhobene leere Hand - trug auch nicht zur Klärung bei, was da gemeint war mit dem „Teilen verbindet“.

Deswegen war die Ablehnung der Losung unter den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern weit verbreitet. Zu ähnlich klang sie offenbar mancher und manchem den Appellen der Regierung und der Unternehmerverbände an die „Verzichtbereitschaft“ der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten in den laufenden Tarif runden, die ja immer damit begründet wurden und werden, „teilen“ sei notwendig im Interesse der Einheit des deutschen Volkes und vor allem im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, von der das Wohl und Wehe aller abhängt.

Teilen im Sinne der Unternehmer?

Nur daß dabei „teilen“ immer soviel heißt wie: mehr für die Unternehmer, weniger für die Lohnabhängigen, die Rentner, die sozial Schwachen. Denn die Höhe der Gewinne, sprich: Profite, entscheide, ob „die deutsche Wirtschaft“ floriere oder nicht, ob Arbeitsplätze im Lande geschaffen oder ob sie in Billiglohnländer verlagert werden würden. Und die Profite wiederum würden vor allem von der Höhe der Lohnkosten, der Dauer der jährlichen und der Lebensarbeitszeit der Lohnabhängigen und von den Sozialleistungen der Unternehmen bestimmt. Das stimmt zwar nach allen Erfahrungen nicht, wird aber nichtsdestoweniger Tag für Tag behauptet.

Der Begriff des Teilens ist also von den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik Deutschland ziemlich eindeutig besetzt als schönfärberisches Synonym für die Umverteilung von unten nach oben. Folglich darf es nicht verwundern, daß er bei Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern auf Mißtrauen stößt, auch wenn er vom DGB verwendet wird.

Teilen nach Art der Unternehmer verbindet nicht, es vergrößert vielmehr die Gegensätze zwischen arm und reich, die in diesem Lande jetzt schon unerträglich sind. Mit unterschiedlicher Leistung läßt sich doch beim besten Willen nicht erklären, daß die einen im Jahr eine Million einstreichen, während andere mit einem Hundertstel dessen oder noch weniger auskommen müssen.

Aber selbstverständlich zielte die Mailosung des DGB nicht auf diese Art des Teilens nach Unternehmerart. Da war wohl eher an das Verhältnis

zwischen den Deutschen West und den Deutschen Ost gedacht und an das Verhältnis zu den Völkern der Entwicklungsländer.

Was teilen: Arbeitslosigkeit und Einkommen?

Was aber sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den östlichen mit denen in den westlichen Bundesländern teilen? Die Arbeitslosigkeit etwa? Die ist bekanntlich in den alten Bundesländern nach dem Anschluß der DDR zurückgegangen, in den neuen Ländern hat sie katastrophale Ausmaße angenommen. Im März 1992 lag die Arbeitslosenquote im Osten bei 15 Prozent, die der Kurzarbeiter, von denen viele „null Stunden“ arbeiten, bei 6,1 Prozent.

Doch selbst diese Zahlen geben das ganze Ausmaß der Arbeitsplatzverluste nicht wieder. Tatsächlich sind seit Januar 1991 beständig zwischen 3 und 4 Millionen Bürgerinnen und Bürger als Arbeitslose, Kurzarbeiter, Umschüler, ABM-Kräfte, Vorruehändler, Pendler oder West-Umsiedler davon betroffen.

Oder sollen die Arbeitnehmer/innen in West und Ost ihre Einkommen teilen? Die Tariflöhne und -gehälter betragen im Osten derzeit im Bankgewerbe 70, in der Bauwirtschaft 77, in der chemischen Industrie 60, in der Eisen- und Stahlindustrie 70, in der Metall- und Elektroindustrie 71 und im öffentlichen Dienst 60 Prozent der entsprechenden Einkommen im Westen.

Auf diesen Gebieten „teilen“ zu wollen, wäre gewiß im Sinne derer, die hartnäckig einen Kurs neokonservativer Deregulierung verfolgen, keinesfalls aber im Sinne der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, der Lohnempfänger, der Arbeitslosen und Sozialhilfeabhängigen in beiden Teilen Deutschlands.

Entwicklungsländer: Beispiel Schwarzafrika

Die Schuldenlast der afrikanischen Länder ist seit 1982 vom Dreifachen ihrer Exporterlöse auf das Fünffache gestiegen. 1990 betrug ihre Gesamtschuld im Durchschnitt 84 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die ärmsten schwarzafrikanischen Länder konnten 1991 nur 42 Prozent ihres Schuldendienstes leisten. Laut Weltbank sind heute 36 Länder ärmer als vor 25 Jahren

-
19 davon liegen in Afrika. Das Kalorienangebot pro Kopf und Tag ist in Schwarzafrika in der Zeit von 1965 bis 1988 auf 2000 Kalorien gesunken. Und das ist ein Durchschnittswert, der den Hunger, ja das Verhungern der Armen verschleiert.¹

Die gesamte Schuldenlast der Entwicklungsländer hatte 1990 die Höhe von 1,341 Billionen US-Dollar erreicht. Ein Jahrzehnt vorher waren es noch 639 Milliarden gewesen.² Hafez Sabeth errechnet, daß bei fairen Wirtschaftsbeziehungen der Norden dem Süden heute 50 Billionen US-Dollar schulden würde³. Wenn sich die existentiellen Probleme der Entwicklungsländer allein

1 Vgl. Soz Magazin Nr. 10/1992, S. 8.

2 Vgl. ISW-Report Nr. 11, S. 9.

3 Vgl. Hafez Sabeth: Die Schuld des Nordens, Horizonte Verlag 1992.

durch Teilen mindern ließen, dann jedenfalls nicht dadurch, daß ihnen seit 20 Jahren versprochen wird, die Industrieländer wollten 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für sie bereitstellen. Kanzler Kohl hat das gerade in Rio - wie immer ohne Angabe des Zeitpunkts der Einlösung des Versprechens - noch einmal wiederholt. Doch der Transfer von Süd nach Nord geht unvermindert weiter, der Schuldenberg der Entwicklungsländer wächst ins Unermeßliche.

Eine Umkehr der Politik ist unerläßlich

Weder der soziale Gegensatz zwischen den ost- und westdeutschen Ländern noch der Nord-Süd-Gegensatz in der Welt, so meine ich, sind nur durch Teilen zu lösen. Vielmehr ist eine Umkehr der Politik unerläßlich.

Wenn Jan Prieue und Rudolf Hickel die einheitsbedingten Kosten für das Jahr 1991 mit 150 Milliarden D-Mark angeben und meinen, solche Summen würden auch für die nächsten Jahre erforderlich sein,⁴ so ist in dieser Bilanz eines nicht enthalten, nämlich die ungezählten Milliarden Mark Einheitsgewinne der westdeutschen Unternehmen, die den ostdeutschen Markt für sich erobert oder Fabriken, Grundstücke und Gebäude für eher symbolische Preise, oft buchstäblich für eine einzige D-Mark, erworben haben.

Es ist möglich und es ist mit großer Dringlichkeit notwendig, nicht weiterhin erstrangig die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern durch Transferleistungen aus dem Westen zu finanzieren, sondern neue Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Hunderte von Milliarden D-Mark, die auf Konten deutscher Großunternehmen liegen, Dutzende von Milliarden, die sinnlos für Rüstungsausgaben verpulvert werden, um nur zwei Posten zu nennen, könnten dafür eingesetzt werden.

Und die Entwicklungsländer brauchen vor allem eine neue, gerechte, gleichberechtigte Weltwirtschaftsordnung, die Öffnung unserer Märkte, die es ihnen ermöglichen, aus eigener Kraft einen Entwicklungsweg zu gehen, der ihren spezifischen Verhältnissen entspricht und ihre Dauerabhängigkeit von den Industriestaaten des Nordens überwindet. Echte Entwicklungshilfe, nicht Kredite, die doppelt und dreifach in den Norden zurückfließen, sondern die den Völkern des Südens beim Aufbau einer umweltverträglichen Wirtschaft Unterstützung gibt, muß dazugehören.

Solidarität verbindet

Das eine wie das andere ist nur durchzusetzen gegen kurzfristige Interessen bestimmter Unternehmerkreise und deren politischer Vertretungen. Geschieht dies nicht, droht Ostdeutschland zum Armenhaus zu werden mit all den deutlich absehbaren Auswirkungen auf die soziale Lage der Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellten, Rentnerinnen und Rentner auch in den alten

⁴ Vgl. Jan Prieue, Rudolf Hickel: Der Preis der Einheit, Fischer Taschenbuch Verlag 1991.

Bundesländern, wird sich der Nord-Süd-Gegensatz weiter zuspitzen bis zur unmittelbaren Bedrohung der Überlebensfähigkeit der Menschheit.

Dazu wird es dann nicht kommen, wenn die Menschen, die sich dieser Gefahren bewußt sind, solidarisch auf eine Änderung der verhängnisvollen Politik hinwirken, die in Deutschland und in der Welt die sozialen Gräben vertieft und die Umwelt zerstört. Eine solche Solidarität würde in der Tat Menschen über Ländergrenzen und enge regionale oder berufsständische Interessen hinweg miteinander verbinden und sinnvolles Teilen möglich machen. Aber auch hier gilt, daß die wirklich Vermögenden in erster Linie zu teilen haben, anderenfalls werden andere dazu auch kaum bereit sein. „Teilen“ mit anderen setzt also voraus, daß die vorhandene soziale Teilung deutlich reduziert wird.